Einzelpreis 25 Pfennig

Bezugs-Preise: Inland: vierteljährl. durch die Post 3,- Rm. durch Kreuzband 3,60 Rm. Ausg. B monatl. 1 Rm Deutschösterreich monatlich: 2 Schilling. Ausland: Viertelj. 1 Dollar.

Anzeigen-Preise: Für die 10gespalt. Millimeter-Zeile 15 Goldpfg., d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen

Fernsprecher: Lützow 8082. Postscheck-Konto: Berlin 88714

Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 42 | Berlin, den 15. Oktober (Gilbhardt) 1927 | 8. Jahrgang

Inhalt: Die anschwellende Arbeitnehmerbewegung — Schützt das Schulgesetz vor internationalistischer Vergiftung? — Heinrich von Kleist — Ist die Freimaurerei von General Ludendorff als ein jüdischer Zweckverband entlarvt? — Aus der Bewegung

Die anschwellende Arbeitnehmerbewegung

Im Jahre 1928 stehen die Neuwahlen für den Reichstag bevor. Die Reihe der Wahlen für Länderparlamente und Stadtparlamente, die vorher stattfindet und bereits begonnen hat, wird in allen Parteien mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet, als Prognose für die neuen Reichstagswahlen. Am 9. Oktober fanden die Wahlen für das Parlament des Staates Hamburg, die Bürgerschaft, statt. Wie vorher in Altona und davor in Mecklenburg hat die Sozialdemokratie einen starken Zuwachs erlebt, außerdem die Kommunisten, die in anderen deutschen Ländern nicht gerade auf Erfolge zurückblicken können. Ihre Ergebnisse weisen eine auffallende Ungleichmäßigkeit auf, die vielleicht auf die Zersplitterung in verschiedene Richtungen zurückzuführen ist. Im übrigen haben wir nicht die Absicht, die so beliebten wahlarithmetischen Künste zu treiben, weil sie besonders in dem so stark lokal gefärbten Hamburger Kreise auf schwachen Füßen stehen. Für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist das Ergebnis als gut zu bezeichnen, mit ungefähr zehntausend Stimmen und zwei Sitzen. Der alte völkisch-soziale Block hatte vier Sitze. Unter deren Inhabern befand sich jedoch nur ein einziger Nationalsozialist, während die übrigen der Freiheitspartei angehörten oder nahestanden. Einer von diesen ist schon vor Jahr und Tag zur Volkspartei gegangen. Anfang des Jahres 1925 trat auch in Hamburg die Spaltung in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Deutschvölkische Freiheitspartei ein. Die Letztere hat für diese Wahlen keine Liste aufstellen können, ihr Gauführer kandidierte vielmehr auf der deutschnationalen Liste und es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Hamburger Freiheitsparteiler ebenfalls deutschnational gewählt hat. Dieses alles in Rechnung gezogen, ist der nationalsozialistische Erfolg mit zwei Sitzen ein sehr achtbarer und besonders erfreulich deshalb, weil auch er zeigt, daß es stark vorwärts geht, und darauf kommt es an.

* * *

Von ungleich größerer Bedeutung als Betrachtungen über einzelne Wahlziffern ist die folgende Tatsache: Im „Reichswart" ist seit Jahren der Gedanke entwickelt worden, daß die Zukunft Deutschlands abhängen werde von der Arbeiterbewegung, richtiger, weil umfassender: von der Arbeitnehmerbewegung. Sie umfaßt mehr als zwei Drittel der gesamten Bevölkerung und wird, wie für absehbare Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestalten, zahlenmäßig noch überwiegender werden. Wir sind keine Anbeter und Ueberschätzer des sogenannten Mehrheitsprinzips, noch Ueberschätzer der Zahl überhaupt, aber dieses ist doch eine Lage der Dinge, an der keiner, der Sinn für Tatsachen hat, vorbeigehen kann. Trotzdem ist das noch vor kurzem in den rechten Parteien der Fall gewesen, und in einigen völkischen Kreisen findet man auch heute eine schwer verständliche Geringschätzung dieser Erscheinung. Innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei ist es erst Anfang dieses Jahres wie ein Blitz eingeschlagen, und zwar durch den einen Aufsatz des Abgeordneten Lambach, eines Angehörigen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Dieser rechnete seinen Parteigenossen vor, daß ein Zusammenschluß aller jetzt verschiedenen Parteien angehörigen Arbeitnehmer zu einer großen Arbeiterpartei eine Macht sein würde, gegen die keine Parteikombination aufkommen könne. Lambach hat jenen Aufsatz wohl hauptsächlich geschrieben, um der Deutschnationalen Volkspartei einen kräftigen Stoß nach der sozialen Seite zu geben.

Wir gehen, wie unsere Leser wissen, weiter als der Lambach'sche Aufsatz und sagen, daß die Arbeiterbewegung bzw. die Arbeitnehmerbewegung das deutsche Schicksal bestimmen wird, nach außen und im Inneren. Neuerdings glaubt auch die Sozialdemokratie den Augenblick gekommen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen die Parole auszugeben: Arbeiter, kommt alle zu uns, vereinigt euch in der Sozialdemokratie zu einer gewaltigen Arbeiterpartei, und dann habt ihr den sozialistischen Staat und beherrscht ihn, und das alte große Ziel wird dann endlich erreicht! — Es ist sehr möglich, daß dieser Ruf wachsende Werbekraft in der Arbeiterbevölkerung finden wird, und es scheint, als ob die sozialdemokratische Propaganda für die Reichstagswahlen von langer Hand her in dieses Zeichen gestellt werden wird: Zusammenschluß aller Arbeitnehmer, im besonderen der Handarbeiter, Internationalismus gegen Nationalismus, Erhaltung des Friedens, dazu natürlich die alte große Lüge der Sozialdemokratie: gegen den Kapitalismus. Wer auch nur versucht, sich in die Seele des Arbeiters zu versetzen, wird verstehen, daß dieser Ruf zur Einigung an sich einen gewissen Widerhall finden wird. Gerade die deutschen Arbeiter kennen den Wert der Organisation und der organisierten Masse. Sie kennen diesen Wert, ob sie in der Sozialdemokratie organisiert sind oder bei der Zentrumspartei oder bei den Deutschnationalen. Im vorstehenden Aufsatz wird, von einem anderen Gesichtspunkt, darauf hingewiesen, daß vielfach der Zug innerhalb der katholischen Arbeiterschaft zu der sozialdemokratischen stärker und der Zusammenhalt durch das religiöse Bekenntnis schwächer zu werden scheint. Solche Besorgnis ist im Zentrum auch politisch bereits vorhanden. Auch deshalb dürften so starke Druckmittel auf Dr. Wirth ausgeübt worden sein.

Es ist sehr begreiflich, daß in diesem Punkte wachsende Besorgnisse in der Deutschnationalen Volkspartei bestehen. Die Frage ist, ob die Deutschnationalen ihre Landarbeitermengen bei sich werden halten können, und was für Mittel sie dafür zur Verfügung haben. Auf die Dauer werden die vorhandenen Mittel des Anziehens und des Haltens mit Notwendigkeit ausgehen. Sie haben bisher hauptsächlich im nationalen Moment gelegen, in dem Hinweise, daß die internationalistische Politik der Sozialdemokratie nur ins Unheil führen könne. Aber seitdem machen die Deutschnationalen die Stresemann'sche Außenpolitik mit, welche die Sozialdemokraten auch als die ursprünglich ihrige in Anspruch nehmen. Die Sozialdemokratie sagt den Massen: unsere Außenpolitik hat sich als derart richtig und zwingend bewährt, daß selbst die Deutschnationalen nicht anders können, als sie widerwillen mitzumachen. Gerade unsere sozialdemokratische Politik des Friedens und der internationalen Verständigung ist die eigentlich nationale Politik. Wenn ihr das aber begreift, und ebenso, daß man diese unsere richtige Politik nur im Zeichen der Weimarer Republik treiben kann, — was wollt ihr dann bei der Deutschnationalen Volkspartei, die euch doch nur ausnutzen will! — Die Deutschnationale Volkspartei hat demgegenüber wenig schlagkräftige Argumente für ihre Arbeiter. Das liegt nicht allein in der unverschleierbaren Schwäche und Zweideutigkeit dieser Partei in den außenpolitischen Fragen, sondern hauptsächlich auch in ihren durchweg ausgesprochenen kapitalistischen und Arbeitgebercharakter. Durchaus zugegeben, daß die Partei vereinzelt andersgesinnte Persönlichkeiten unter ihren Abgeordneten usw. besitzt, so bleibt eben ihr Gepräge doch das einer „Ueberschichtenpartei". Ihre soziale Politik ist und bleibt eine solche von oben nach unten, ein mehr oder minder bitteres politisches Muß. Es handelt sich darum, wie lange die jetzt bei der Partei befindlichen Arbeitnehmer frei nach Chamisso sagen werden: „Mein hoher Herr, du willst herab dich lassen zu deiner armen Magd". Das ist die Frage, und nicht zum wenigsten der nächsten Reichstagswahlen. Bis dahin kann selbstverständlich sich noch manches ereignen. Es ist möglich, daß die Deutschnationale Volkspartei mit einem gewissen Erfolge sich bestrebt, vor den Wahlen eine ähnliche Taktik einzuschlagen wie seinerzeit in der Aufwertungsfrage, und damit und durch Versprechungen ihre Arbeitnehmer bei sich zu halten. Das ist möglich, Erfolg steht dahin, aber es ist doch nicht anzunehmen, daß solche starken Verluste der Partei in dieser Richtung nicht werden hindern können. Der Zentrumsabgeordnete Stegerwald hat neulich in einer Rede u. a. gesagt: „Hat man denn gar keinen Sinn dafür, wie empörend es in Arbeiterkreisen wirken muß, daß man für einige hunderttausend Beamte anderthalb bis eindreiviertel Milliarden Mark Pensionen aufzubringen für selbstverständlich hält, während, wenn für zwanzig Millionen Arbeiter und Angestellte ein gleicher Betrag aufgestellt werden soll, dieser Betrag ständig als demoralisierend und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigend hingestellt wird!! Der Logik kann man nur zustimmen: Wer die Erhöhung der Beamtengehälter gefordert hat, — wir haben dieses stets getan —, kann sich analogen Forderungen für **die** Arbeitnehmerschaft nicht entziehen, und wer es tut oder versucht, wird nicht erwarten können, daß die Arbeitnehmerschaft ihn als einen aufrichtigen Vertreter ihres Wohles und ihrer gerechten Forderungen ansieht.

Die Sozialdemokratie besitzt gerade gegen die Deutschnationale Volkspartei ein sehr umfassendes Material für den Wahlkampf, sie braucht es auf dem weiten Felde der sozialen Fragen nur aufzusammeln.

Hat also die Sozialdemokratie die beiden Dinge erkannt: die Zugkraft der Parole einer einzigen großen Arbeiterpartei und ferner die schwachen Punkte der nationalen Parteien auf dem sozialen Gebiet, so bleibt ihr zur Sicherheit eines zum mindesten großen Erfolges nur — — die eigene Qualifizierung als Mittelpunkt und Sammelpunkt einer solchen großen Arbeitnehmerpartei. Wie wenig gerade die Sozialdemokratie diese Eignung besitzt, ist hier oft genug dargelegt worden. Das Wichtige ist, daß innerhalb der Arbeitnehmerschaft und sogar unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei wachsende Zweifel aufgetaucht sind. Wir erinnern an die neuliche Gründung der Altsozialistischen Partei, die sich wohl restlos aus früheren Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei gebildet hat. Bei diesen Altsozialisten und ihren Führern ist es vor allem der nationale Gesichtspunkt, der sie zur Trennung bewogen hat. Dabei ist nun freilich zu bedenken, daß die Altsozialisten, die keine Massen sind und noch keine Massen haben, sondern eine Auslese der Intelligentesten bilden, hier erkannt haben, was die Masse nicht so leicht erkennt, besonders jetzt im Nebel der Genfer Phrasen. Es ist deshalb aber keineswegs so ausgeschlossen, daß der Sozialdemokratischen Partei noch weitere Massen zuliefen. Auf dem sozialen Gebiet sind die Altsozialisten durchaus Marxisten geblieben, sie haben in diesem Belang bis jetzt an der Sozialdemokratie nichts auszusetzen, so schwer und zahlreich auch gerade die sozialen bzw. die antisozialen Sünden dieser Partei wiegen.

Erinnert sei an den hier besprochenen „Vorwärts"-Aufsatz des Abgeordneten Löbe: Die Taktik (!) der Partei müsse nunmehr sein, das soziale Moment hervorzuheben; er befürchte, daß sonst aus der Arbeiterschaft heraus eine revolutionäre Bewegung gegen die Republik von Weimar sich bilde. Auf diesen wichtigen Aufsatz („Reichswart" Nr. 20) sei besonders verwiesen. Das ganze böse Parteigewissen spricht aus solchen Aufsätzen und Reden, das Bewußtsein, daß die Partei die Massen der Handarbeiterschaft und der Arbeitnehmerschaft überhaupt ständig hintergeht, daß sie in den großen Fragen (Dawes-Gesetze, Truste, Finanzpolitik, Stellung zu Finanzkapital und Banken usw.) eine international kapitalistische Politik treibt, welche eine soziale Politik unmöglich macht, um dann soziale Anträge zu stellen, die nicht erfüllt werden können, weil sie, die Sozialdemokratie, selbst den Weg verbaut hat. Wir haben besonders im Reichstage diese Tatsache so oft hervorgehoben.

Die bisher in der Sozialdemokratischen Partei vereinigten Arbeitermassen sind auch sonst vielfach an der Ehrlichkeit der Parteiführung irre geworden; sie hören und lesen Jahr für Jahr die großen Worte und sehen ihre Lebensbedingungen nicht besser, sondern meist schlechter werden. Sie beginnen zu zweifeln an der Ehrlichkeit ihrer Führer, die immer mehr zu großen und reichen Herren geworden sind. Solche und noch andere Zweifel und schlimme Erfahrungen sitzen in vielen Handarbeiterkreisen. Man sucht und fragt sich: wohin? Da sind die drei Möglichkeiten: Zentrum, Deutschnationale, Kommunisten. Die ersten sind katholisch, kirchlich, die zweiten kapitalistisch, die dritten sind radikale Utopisten, so weit sie es ehrlich meinen. Was soll man tun? Man wählt eben wieder bei der S. P. D., aber nur, weil nichts anderes übrig zu bleiben scheint, nicht weil man glaubte, an die rechte Stelle zu kommen.

Hier setzt der nationalsozialistische Gedanke ein, und eben hier sind sein Boden und seine Aussichten auf den Erfolg. Der nationale Sozialismus ist sich bewußt, daß die große Arbeitnehmerbewegung die deutsche Zukunft so oder so entscheiden wird, denn sie ist die maßgebende Kraft der Zukunft. An dieser Tatsache ändern die Betrachtungen anderer völkischer Gruppen nichts: das sei nicht das richtige Zukunftsrezept, das deutsche Volk bestehe doch nicht allein aus Arbeitern; der Begriff: völkisch, umfasse das ganze Volk, hinter den Arbeitern dürfe man nicht herlaufen, denn um die kümmere man sich in Deutschland viel zu viel; das einzig Richtige sei eine „gesunde Mischung", und wie diese oft sehr schönen Worte alle heißen. Die Arbeitnehmerbewegung wird als eine immer mächtiger werdende Flutwelle ihren Weg unaufhaltsam weiter machen. Das sollte man endlich auch auf der Rechten einsehen. Dann würde man ebenfalls begreifen, was wir hier seit Jahren dargelegt haben: die Aufgabe ist, und zwar ist sie lösbar: die Arbeitnehmerbewegung aus der internationalistischen Richtung in die nationalistische zu bringen, nicht ihr Dämme entgegensetzen, die sie früher oder später überfluten oder brechen wird. Richtungsänderung ist aber nicht möglich von „oben", sondern nur aus der Bewegung selbst heraus, und da nicht als ein fremder Körper, sondern als ein Teil der gesamten Bewegung. Das ist der Nationalsozialismus, und so muß er sein, wenn er seine Aufgabe erfüllen will. Deshalb ist es auch keine Phrase, wenn die Partei sich Arbeiterpartei nennt, sondern eine treue Bezeichnung ihres Leitgedankens und zugleich eine kategorische Forderung für ihr Wesen, ihr Wirken und ihr Werben.

Reichswartleser!

Deckt Euren Bücherbedarf durch die **Buchversand-Abteilung des „Reichswart"**, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30 (Postscheckkonto Berlin 88714). — Bei Voreinsendung portofrei, sonst gegen Nachnahme.